

Nationenbericht des Academic Network of European Disability experts (ANED)

über die Implementierung von Regeln Zur Förderung selbstbestimmten Lebens von Menschen mit Behinderungen, Mai 2009

Staat: Deutschland

Autor: Anne Waldschmidt, Cologne

Zusammenfassung:

Teil 1 Zusammenfassung der Umsetzung und Schlußfolgerungen

In Deutschland werden Aspekte der Behindertenpolitik hauptsächlich im Zusammenhang mit der Integration ins Arbeitsleben betrachtet. Andere Aspekte, wie selbstbestimmtes Leben, tendieren dazu, negiert zu werden oder sie werden ausschließlich über ihre Relevanz für diesen Bereich des Lebens (Integration insArbeitsleben) gesehen.

Davon unbenommen haben Behindertenorganisation in den letzten 20 Jahren viele Aktivitäten unternommen, um gemeindenaher Assistenz und individuelle Unabhängigkeit außerhalb von Institutionen zu bewerben und zu fördern.

Diese Organisationen haben sowohl erfolgreich ein klares Konzept der persönlichen Assistenz (das sogenannte Arbeitgebermodell) etabliert als auch die nötige Infrastruktur für ein selbstbestimmtes Leben.

Es existieren auf lokaler Ebene Zentren, betrieben von Menschen mit Behinderungen, die Behinderten, welche unabhängig leben wollen, Hilfe und Unterstützung geben.

Ebenso gibt es eine Reihe von Dachorganisationen, die für Behindertenrechte kämpfen und Netzwerke geschaffen haben.

In den letzten Jahren wurden etliche positive Veränderungen, wie barrierefreie Zugänglichkeit öffentlicher Gebäude und Verkehrsmittel, persönliche Assistenz, finanziert durch Integrationsfachdienste und Sozialämter, persönliche Assistenz in der Schule, an höheren Bildungseinrichtungen und am Arbeitsplatz erreicht.

Die Einführung der Pflegeversicherung 1995 wurde von vielen behinderten Aktivisten als Rückschritt gesehen, da sie das medizinisch reduzierte Modell der „Lanzzeitpflege“ fortführt und nicht einmal im Ansatz das Prinzip der Selbstbestimmung und Gemeindeorientierung beachtet. Sie setzt darüber hinaus die teilweise „Pflege“ durch Angehörige und informelle Dienste voraus.

Hier ist mehr Interessenvertretung erforderlich, um gemeindeorientierte Pflege- und Assistenzlösungen zu einem Schlüsselinstrument zu machen.

Die direkte Auszahlung von Assistenzmitteln in Form von persönlichen Budgets wurde seit 2001 teilweise eingeführt und seit 2008 besteht ein Rechtsanspruch darauf. Sehr wahrscheinlich wird die Form der persönlichen Budgets, in der Pauschalsummen ausgezahlt werden, das unabhängige Leben in der Gemeinde weiter fördern. Jedoch bestehen Befürchtungen, dass die Vorteile dieser Finanzierungsform dadurch wieder zunichte gemacht werden, dass sie durch lokale Behörden dazu genutzt werden, die Kosten zu senken und damit neue Abhängigkeiten (z.B. von Familien oder Betreuern) zu schaffen. Diese Befürchtungen sollten ernst genommen werden. Unabhängige Forschungen sind erforderlich, um die Erfahrungen von behinderten Menschen mit diesem neuen Instrument zu untersuchen.

Schlußfolgerungen:

Unter Berücksichtigung der Geschichte und der Traditionen in Deutschland im Umgang mit Menschen mit Behinderungen ist eine positive Veränderung hin zu mehr Selbstbestimmung und unabhängigem Leben festzustellen, auch wenn die Veränderung im Vergleich zu anderen europäischen Ländern langsam von statten geht und folgende Probleme bestehen bleiben:

- Im Bereich der institutionalisierten Pflege können keine wesentlichen Veränderungen beobachtet werden. Im Gegenteil, die Daten zeigen einen rückwärtsgerichteten Trend zur Institutionalisierung, obwohl die gesetzlichen Prinzipien eine gemeindeorientierte Pflege priorisieren.
- Die Infrastruktur von Pflege und Assistenz ist in Deutschland nach wie vor von institutionalisierten Diensten dominiert. Speziell für Personen, die umfangreiche persönliche Assistenz auf 24 Stunden Basis benötigen, zeigt sich, dass es zunehmend schwieriger wird, ausreichende Unterstützung außerhalb von Institutionen zu erhalten. Finanzielle Argumente tendieren dazu, eine immer höhere Priorität zu erhalten und Gerichte tendieren dazu, Dieser Argumentationslinie zu folgen.
- Es gibt Hinweise darauf, dass die Empfänger persönlicher Assistenz mehrheitlich Personen mit physischen Behinderungen sind, während Personen mit kognitiven Behinderungen nicht in deren Genuss kommen. Im Hinblick auf das Alter, den Migrationsstatus, das Geschlecht, die Bildung und die soziale Stellung gibt es keine gesicherten Erkenntnisse.

Allgemein ist bemerkenswert, dass offizielle Berichte oftmals unvollständig sind und unabhängige Untersuchungen im Bereich der persönlichen Assistenz und des unabhängigen Lebens immer noch fehlen.

Deshalb werden gesicherte Daten vor allem auf den folgenden Gebieten benötigt:

Welche Gruppen von behinderten Menschen kommen bereits in den Genuss der Unterstützung eines unabhängigen Leben und welche nicht?

Welche Möglichkeiten, aber auch welche Risiken sind verbunden mit persönlicher Assistenz und persönlichen Budget?

Was sind die Lücken und die Defizite im gegenwärtigen Unterstützungssystem und welche müssen in Zukunft angepackt werden?